

## DAS THEMA

Ein Wahlkampf mit zwei U-Ausschüssen.

# Duell der U-Ausschüsse im Wahljahr

Cofag-Förderung und möglicher Postenschacher in SPÖ- und FPÖ-Ministerien sind die Themen der nächsten beiden U-Ausschüsse. Damit ist auch der Grundstein für harte Auseinandersetzungen im Wahlkampf gelegt.

Von Vilja Schiretz

Gleich zwei Untersuchungsausschüsse werden Österreich in nächster Zeit beschäftigen. SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer und FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker kündigten am Freitag an, Corona-Förderungen durch die Covid-19-Finanzierungsagentur, kurz: Cofag, unter die Lupe zu nehmen. Man wolle untersuchen, ob es eine systematische Bevorzugung von Milliardären wie René Benko und Siegfried Wolf gegeben habe.

Untersuchungsgegenstand sollen Förderungen an Menschen mit einem Vermögen von mindestens einer Milliarde Euro sein, die sich außerdem auf ÖVP-Spenderlisten finden. „Es geht nicht um den Frisör oder den kleinen Wirten“, betonte Hafenecker.

Ebenfalls am Freitag gab die ÖVP die Einsetzung eines weiteren U-Ausschusses bekannt. Gehen soll es um das „Trocknenlegen des rot-blauen Sumpfes“, also vermeintliche Steuergeldverschwendung und dubiose Postenbesetzungen in FPÖ- und

SPÖ-geführten Ministerien früherer Regierungen, erklärte der ÖVP-Abgeordnete Andreas Hanger. Zurückblicken wolle man bis zur Kanzlerschaft von Alfred Gusenbauer (SPÖ), im Amt von 2007 bis 2008.

Nun muss der Geschäftsordnungsausschuss im Nationalrat die Verlangen prüfen. Lange Zeit bleibt für die Befragungen jedenfalls nicht: Spätestens drei Monate vor der Nationalratswahl, die für Herbst 2024 angesetzt ist, muss Schluss sein. „Es wird ein sehr kurzer, kompakter Ausschuss sein“, sagte Krainer.

Sollte die Wahl vorgezogen werden, sogar ein sehr kurzer. Vor sitzen wird beiden Ausschüssen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

**Eine Premiere sind zwei parallele U-Ausschüsse nicht.** Zuletzt waren in den Jahren 2018 und 2019 zwei Ausschüsse gleichzeitig aktiv, der BVT- und der Eurofighter-Untersuchungsausschuss.

Theoretisch könnten noch mehr Ausschüsse gleichzeitig tagen, so Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus.

Bis zu drei Ausschüsse können gleichzeitig von Minderheiten eingefordert werden, die Mehrheit kann beliebig viele einsetzen. Für die Opposition sind die Möglichkeiten dennoch eingeschränkt: Schließlich sind zur Einsetzung des Kontrollorgans jeweils zumindest ein Viertel der Abgeordneten nötig. Damit wären die Oppositionsparteien für einen zweiten Ausschuss auf die Unterstützung einiger Abgeordneten der Regierungsparteien angewiesen. „Das wäre Koalitionsbruch“, sagt Zögernitz.



Krainer (SPÖ) und Hafenecker (FPÖ) APA